

Landrat
Urs Amstad
Oberhostattstrasse 2
6375 Beckenried

EINGEGANGEN

- 6. Mai 2016

2016.NWUR.31

Landratsbüro
Regierungsgebäude
6370 Stans

Beckenried 28. April 2016

Dringliche Motion betreffend eine Standesinitiative zur Sicherung der Landesgrenzen und einer rückführungsorientierten Asylpolitik

Sehr geehrte Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Mitglieder des Landrates

Die Unterzeichnenden unterbreiten Ihnen, gestützt auf Art. 30 Abs. 1 Ziff. 3 und Art. 53 Abs. 2 Landratsgesetz sowie § 104 Abs. 1 Ziff. 3 des Landratsreglements folgende Motion mit dem Antrag, daraus eine Standesinitiative zur Sicherung der Landesgrenzen und einer klaren Asylpolitik im Interesse der Schweiz vorzubereiten.

Gemäss UN-Konvention ist ein Flüchtling eine Person, die an Leib und Leben bedroht ist. Sie hat Anrecht auf Aufnahme im ersten sicheren Staat, den sie erreicht. Die Schweiz erlebt einen Ansturm von Flüchtlingen, die meistens bereits durch mehrere sichere Staaten gereist sind. Unsere ganze Asylgesetzgebung fusst auf den Schengen-/Dublin-Abkommen mit der EU. Die Sicherung der EU-Aussengrenzen und die Dublin-Verfahren (Rückführung in jene Länder, in die Asylsuchende EU-Boden betreten haben) funktionieren schon länger nicht mehr.

Insbesondere Italien und Griechenland, aber auch andere EU-Staaten halten sich nicht an die Abkommen von Schengen und Dublin. Es kann nicht sein, dass die Schweiz einseitig und zu ihrem Nachteil Verpflichtungen einhält, während andere Staaten vertragsbrüchig werden. Am Ende büssen die Kantone, Gemeinden und die Steuerzahler für die verfehlte Asylpolitik auf nationaler Ebene.

Der Regierungsrat wird daher aufgefordert mit dieser Standesinitiative folgende Ziele zu verfolgen:

- Der Bund wird aufgefordert, die Landesgrenzen wieder so zu sichern, dass möglichst keine Flüchtlinge in die Schweiz kommen, die bereits durch sichere (EU-)Staaten gereist sind. Diese Massnahmen sind solange aufrecht zu erhalten, bis die europäische Asyl- und Sicherheitspolitik (Schengen/Dublin) wieder funktioniert.

- Namentlich soll der Bund die Zugverbindungen mit Deutschland, Österreich, Frankreich und insbesondere Italien so sichern, dass Kontrollen vor den Grenzen erfolgen und als Flüchtlinge getarnte Asyloptimierer vor Eintritt in die Schweiz den Zug verlassen müssen.
- Flüchtlinge, die trotzdem über andere sichere (EU-)Staaten in die Schweiz kommen, sollen keinen Asylstatus mehr erhalten.
- Zudem soll der Bundesrat den Vollzug für Rückführungen wieder ins Zentrum seiner Arbeit stellen. Dazu gehört auch mehr Druck auf Staaten auszuüben, die die diesbezügliche Zusammenarbeit erschweren oder die Rückübernahmen verweigern bzw. nur sehr verzögert abwickeln.

Aufgrund des mit der kommenden wärmeren Jahreszeit voraussichtlich wieder deutlich zunehmenden Zustroms an Flüchtlingen, beantragen wir Dringlicherklärung gemäss § 107 Abs. 1 des Landratsreglements.

Für die Überweisung dieses Vorstosses danken wir ihnen.

Mit freundlichen Grüssen

Landrat
Urs Amstad


Mitunterzeichnende:









